

Den Atomtestüberlebenden eine Stimme geben - „To survive is to resist“. Unser neues IPPNW Projekt

Wozu brauchen wir ein neues Projekt zu Atomwaffen? Die IPPNW macht doch schon so viel! Und ICAN ebenso! Die humanitären Folgen von Atomwaffen werden zumeist mit dem Stichwort Hiroshima und Nagasaki verbunden. Und diejenigen, die noch mehr wissen, beziehen sich auf unsere IPPNW-Studie zu den Klimafolgen eines begrenzten Atomkriegs. Ein Zukunftsszenario, das wir alle hoffentlich nie erleben werden. Aber Atomtests? Wer im Saal weiß, wie viele Atomtests durchgeführt worden sind? 500, 800 1000? Es waren über 2.000 Atomtests. Und diese Tests haben massive Folgen für die Betroffenen. Nicht in der Zukunft, sondern bereits heute und gestern.

In welchem US-Staat hat die USA ihre Atomtests durchgeführt? Wie viel waren es wohl? **Es waren mehr als 1.000 Explosionen von Atomwaffen in den Jahren 1951 bis 1992. Sie führten zur Freisetzung großer Mengen an Radioaktivität, die weite Teile der USA mit strahlenden Partikeln kontaminierten und beinahe die gesamte US-amerikanische Bevölkerung erreichten.**

Das Nevada-Testgelände, etwa 105 Kilometer nordwestlich von Las Vegas gelegen, ist das größte und wichtigste Atomwaffenversuchsareal der USA. Erbaut wurde es auf dem Land der Westlichen Shoshonen – ohne deren Zustimmung und ohne sie darüber zu informieren. Heute wird dieser Stamm amerikanischer Ureinwohner auch "die am meisten bombardierte Nation der Welt" genannt.

In den 1950er Jahren wurden zudem die Bewohner der Region rund um das Testgelände dazu animiert, die regelmäßigen Atomexplosionen zu beobachten. Viele Betroffene berichten davon, extra ihre Wecker gestellt zu haben, um die morgendlichen Detonationen nicht zu verpassen. Von der US-amerikanischen Atomenergiekommission erhielten sie Dosimeter, um die erhaltene Strahlendosis anzuzeigen. Die Bevölkerung von Utah wurde aufgrund der vorherrschenden Windrichtung am schwersten vom radioaktiven Niederschlag betroffen. Die Kinder der kleinen Stadt St. George, Utah erhielten vermutlich Schilddrüsendosen von bis zu 1,2–4,4 Sievert. Epidemiologische Studien ergaben dementsprechend auch einen signifikanten Anstieg von Leukämien und Schilddrüsenkrebs unter den „Downwindern“, der Bevölkerung, die in Windrichtung vom Testgelände lebte.

Und Frankreich? Wo haben sie ihre Atomtests durchgeführt? Und wie viele? Es waren 210 Tests in der algerischen Wüste und in Französisch-Polynesien. Insgesamt 36 Jahre. Der letzte Test fand 1996 statt. Die IPPNW machte damals eine bundesweite Kampagne gegen die französischen Atomtests. Wir sammelten Unterschriften und riefen zum Boykott von französischem Käse und französischem Wein auf.

Lange Zeit behauptete die französische Regierung in der Auseinandersetzung mit den Überlebenden um Kompensation, dass die Atomwaffentests überhaupt keine Gesundheitsfolgen haben könnten. Erst nach der Tschernobylkatastrophe entwickelte sich bei der die französische Regierung eine andere Haltung. Das war der Kampf um Grenzwerte: Ab welchem Grenzwert ist man berechtigt, als Opfer und Mensch mit dem Recht auf Kompensation anerkannt zu werden? Bis heute wurde nur ein kleiner Teil der betroffenen Menschen entschädigt, viele weitere kämpfen weiter um Anerkennung.

Nochmal USA: Nach den Atombombenabwürfen von Hiroshima und Nagasaki wählten die USA das Bikini-Atoll, das zu den Marshall-Inseln gehört, für weitere Atomwaffentests aus. Insgesamt fanden zwischen 1946 und 1958 auf den Bikini und Eniwetok Atollen 67 Atombombenversuche mit einer Gesamtsprengkraft von etwa 214 Megatonnen statt. Der verheerendste Test war 1954 „Castle Bravo“. Mit 15 Megatonnen hatte diese Wasserstoffbombe die höchste Sprengkraft, die das US-Atomwaffenprogramm jemals erreichte. Über die Auswirkungen haben wir heute morgen bereits viel gehört: die Menschen leiden noch heute unter den gesundheitlichen Folgen der Tests – teilweise bereits in dritter Generation. Und die Umwelt ist so schwer belastet, dass große Teil der einst bewohnten Inseln nicht mehr betreten werden können.

Die Auseinandersetzungen um Kompensationen für die Betroffenen, geschweige denn für Umweltsanierungen hatte lange kaum Erfolg. Erst mit der ICAN-Kampagne zum Atomwaffenverbotsvertrag gelangte das Thema in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Nach dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags wurde überlegt, wie man die Stimmen der Überlebenden stärken könne. Schließlich hat der Vertrag mit Artikel 6 und 7 explizit konkrete Unterstützungsmaßnahmen für die Überlebenden auf die Tagesordnung gesetzt. Durch die Bildung von Fonds soll Zahlungen für medizinische Versorgung und Umweltsanierungen ermöglicht werden. Auch Länder, die nicht Vertragspartner sind, können sich beteiligen, wie Deutschland, das sich schon 1957 unter der Regierung Adenauer für die nukleare Teilhabe an US-amerikanischen Atomwaffen ausgesprochen hat.

Wir haben also eine Verantwortung. 1957 war die Zeit, wo alle Atomwaffenstaaten überirdische Atomtests durchgeführt haben. Und in Thüringen und Sachsen wurde Uran für die sowjetischen Atombomben abgebaut. Die Umweltsanierung der Wismut-Region hat Deutschland bereits mehrere Milliarden gekostet. Geld, das viele andere betroffene Länder nicht haben.

Auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz im Juni 2022 in Wien kündigte die deutsche Delegation, die als Beobachterin an der Konferenz teilnahm, an, dass Deutschland sich für die Unterstützung von Überlebenden und für die Sanierung betroffener Gebiete einsetzen will. Auch die feministischen Leitlinien des Auswärtigen Amtes sprechen davon, die Anerkennung und Entschädigung von Betroffenen unterstützen zu wollen.

Aktuell wird die Umsetzung von konkreten Projekten für die Unterstützung von Überlebenden vom Auswärtigen Amt trotzdem abgelehnt, mit der Begründung, dass Deutschland als NATO-Mitglied damit einen unzulässigen Schritt in Richtung Atomwaffenverbotsvertrag ginge.

Mit unserem neuen Projekt mit und für die Überlebenden von Atomtests „To Survive ist to Resist“ will die IPPNW auf all diese Missstände aufmerksam machen und einen Paradigmenwechsel in der Debatte über Atomwaffen erreichen: Von Atomwaffen als „strategischen Instrumenten der Sicherheit“ zu einer realistischen Betrachtung ihrer humanitären und Umweltfolgen. Nicht nur im Fall eines Einsatzes oder Unfalls, sondern auch der bereits real existierenden katastrophalen Folgen. Es soll Aufmerksamkeit auf den Rassismus und die koloniale Kontinuität gelenkt werden, die der Entwicklung von Atomwaffen zu Grunde liegen: Der Großteil der Atomwaffentests hat in ehemaligen Kolonien

oder auf den Gebieten ethnischer Minderheiten und indigenen Völkern stattgefunden. Auch die überproportionalen Auswirkungen von Atomwaffen auf Frauen und Kinder sollen hervorgehoben werden.

Mit dem Projekt ist eine Zukunftswerkstatt mit Überlebenden und Wissenschaftler*innen geplant, auf der der Stand der Forschung zu den Gesundheits- und Umweltschäden präsentiert und Forderungen gesammelt werden sollen. Wir wollen die Perspektiven und Forderungen der Überlebenden in einer Publikation zusammenführen. Zudem sind Videos geplant, mit denen Überlebende die Möglichkeit haben, die Menschen in Deutschland direkt anzusprechen. Zusätzlich sind Informationsveranstaltungen und politische Advocacy-Gespräche geplant. Hierbei sollen IPPNW-Regionalgruppen und weitere regionale Friedensgruppen, vor allem im Rahmen von ICAN-Gruppen sich miteinander vernetzen und in Lobby-Gesprächen mit Bundes- und Landtagsabgeordneten, nukleare Abrüstung vorantreiben. Es soll der Fokus auf die humanitären Folgen von Atomwaffen gelegt werden – sowohl im Fall eines Einsatzes oder eines Unfalls als auch allein durch ihre bloße Existenz. So soll der Debattenraum für die Notwendigkeit einer nuklearen Abrüstung und Beendigung der nuklearen Teilhabe geöffnet werden, gerade jetzt im Ukrainekrieg, wo die Gefahr eines Atomkrieges in Europa virulent geworden ist.

Angelika Claußen